Die kurze Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **84 (1992)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das wären die richtigen Zahlen

■■■ Nach Ansicht des SGB braucht es zur Ankurbelung der Wirtschaft mehr als den Investitionsbonus von 250 Millionen Franken. Die Nationalbank soll den Spielraum zur Lockerung der Geldpolitik ausnützen, damit die Tendenz zur Zinssenkung verstärkt werden kann. Um die Wirtschaftskrise nicht zu verschärfen, ist im weiteren die Erhaltung der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen sowie der Pensionierten wichtig. Der SGB begrüsst es, dass der Bundesrat die Weiterbildung für Arbeitslose intensivieren und Anreize für Arbeitslosenbeschäftigungsprogramme geben will. Er anerkennt auch, dass die Verlängerung der Bezugsberechtigung der Arbeitslosentaggelder von jetzt maximal 300 auf 400 Tage für viele Arbeitslose eine tatsächliche Erleichterung bedeutet. Das Ausmass dieser Erweiterung genügt aber nicht. Vehement wehrt sich der SGB dagegen, dass die Arbeitslosentaggelder von 80 auf 70 Prozent des versicherten Verdienstes gekürzt werden. Dagegen befürwortet der SGB das Anheben der Arbeitslosenbeiträge auf 2 Prozent und verlangt darüber hinaus, dass die Plafonierung der Beitragspflicht bei heute rund 100 000 Franken Jahreseinkommen massiv angehoben wird. Das würde einige hundert Millionen Franken von den Empfängern hoher Einkommen zugunsten der Arbeitslosen umlagern, ohne dass jemand deswegen in materielle Schwierigkeiten käme. ■■■

SGB-DV: Beschäftigung auch mit Investitionen im sozialen und Umweltbereich ankurbeln

■■■ Die SGB-Delegierten verlangten vom Bund vermehrte Investitionen in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen. Der Investitonsbonus des Bundes soll gelten für Gemeinden, die ihre Liegenschaften erneuern und unterhalten wollen, die Kinderbetreuungsstellen schaffen oder im Umwelt-, Kultur-, Energie- und Entsorgungsbereich investieren wollen. Gefordert wurde u.a. auch eine verbesserte Weiterbildung und eine aktive Technologie- und Forschungspolitik des Bundes. Es soll also nicht nur gebaut werden, damit wieder mehr Menschen Arbeit finden. ■■■

Protest und Solidarität

■■■ Tausende von Menschen fanden sich am 22. Oktober in verschiedenen Städten zusammen, namentlich in Zürich, Basel und Winterthur, um gegen Lohnabbau und Deregulierung zu protestieren. Viele ArbeitnehmerInnen aus dem privaten Sektor, wo vertraglich Erreichtes in Frage gestellt wird, solidarisierten sich mit den «Öffentlichen». Diese sprachen von Warnstreiks, wenn das Deregulierungsfieber weiter um sich greifen sollte. ■■■

Zwei neue Gesichter beim SGB

■■■ Der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) hat an seiner Sitzung vom 21. Oktober 1992 in Bern Dr. Serge Gaillard und Pietro E. Cavadini zu neuen Sekretären des SGB gewählt. Der 37jährige Zürcher Ökonom Serge Gaillard wird Nachfolger von Beat Kappeler, Pietro Cavadini ersetzt Informationschef Arnold Isler, der Ende Februar 1993 in Pension gehen wird. ■■■

Gegen Nullofferte

■■■ (ak) Offensichtlich nicht viel wert ist für die Baumeister der für die Jahre 1991 bis 1993 abgeschlossene Landesmantelvertrag (LMV). Sie verlangen den Verzicht auf die Reallohnerhöhung von 2,4 Prozent und auf die halbstündige Arbeitszeitverkürzung, die im LMV vereinbart worden sind. Als Teuerungsausgleich wollen sie nur 3 Prozent bezahlen.
Die GBI hat an der ersten Verhandlungsrunde vor einer Woche grundsätzlich die Einhaltung des Vertrags verlangt. Angesichts der Baukrise hat sie aber einen Gegenvorschlag unterbreitet, der die Reallohnerhöhung teilweise in Arbeitszeitverkürzung – von einer ganzen Stunde – bzw. vorzeitige Altersentlastung umwandeln, teilweise um ein Jahr verschieben und den Vertrag bis Ende 1994 verlängern würde. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei jetzt dringend, um die Arbeit auf alle zu verteilen. Sollten die Baumeister bei den weiteren Verhandlungen an ihrer «Nullofferte» festhalten, will die GBI auf der Einhaltung des Vertrages ohne Abstriche bestehen. Die Mobilisierung im Baugewerbe würde dann massiv erhöht. ■■■

SMUV-Kongress bewegt sich

■■■ Auf den Strassen Berns und Veveys fand der eindrücklichste Teil des SMUV-Kongresses anfangs November statt. Die KongressteilnehmerInnen protestierten gegen die Arbeitsplatzvernichtung und die behördliche Lethargie. Eine Delegation überbrachte Bundesrat Delamuraz eine Protestresolution. Verlangt werden darin unter anderem eine ökonomische Wiederbelebung, Beschäftigungsprogramme, Bildungsmassnahmen, ein Aus- und nicht ein Abbau der Arbeitslosenversicherung. Dass es sich bei diesem kämpferischen Auftritt nicht um einen einmaligen PR-Akt handle, versprach Christiane Brunner, neugewählte SMUV-Präsidentin, in ihrer «Regierungserklärung». ■■■